

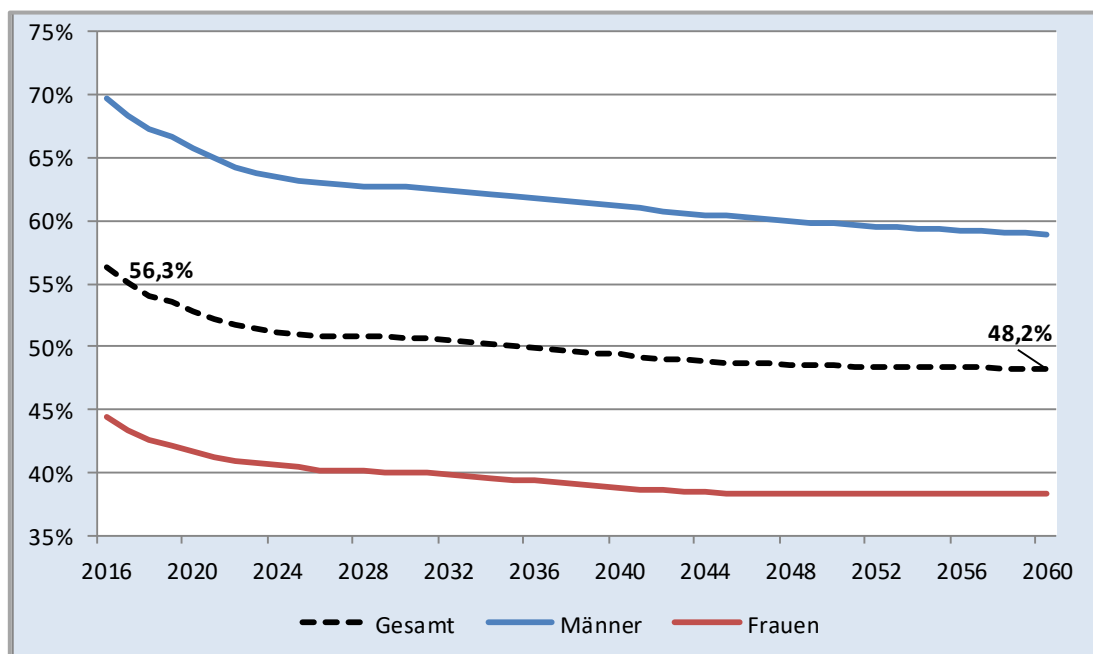
## Kurzanalyse zur Nationalratswahl 2019

Samstag, 31. August 2019

### Relevante Strukturreformen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht - Teil 1/5: Pensionssystem zukunftssicher reformieren

Im Vorfeld der Nationalratswahl nehmen derzeit die Pensionen eine zentrale Rolle ein. Nachdem bereits die letzte Regierung eine Anhebung der Mindestpensionen auf den Weg gebracht hat, wurde auf dem jüngsten Pensionsgipfel beschlossen, dass die Pensionsanpassung für Pensionen bis 2.500 Euro kräftiger ausfallen soll. Weitere Forderungen zielen etwa auf eine stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten. „So wichtig eine auskömmliche Versorgung im Alter oder auch die Berücksichtigung der Lebensleistung von Müttern und Vätern sind, so ist doch überraschend, dass bei den Vorschlägen die nachhaltige Finanzierung des Pensionssystem wieder einmal keine Rolle spielt“, sagt Tobias Thomas, Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria. So steht das österreichische Pensionssystem wegen des demographischen Wandels weiterhin vor großen Herausforderungen. Die vergangenen Reformen haben das Pensionssystem zwar ein Stück weit demographiefester gemacht, dies jedoch auf Kosten sinkender Leistungen. Das Verhältnis von durchschnittlicher Pension zu durchschnittlichem Erwerbseinkommen wird ohne weitere Reformen von heute 56 auf 48 Prozent im Jahr 2060 sinken. „Trotz der Reformen der Vergangenheit ist das österreichische Pensionssystem derzeit nicht nachhaltig aufgestellt“, sagt Thomas.

Abbildung: Globale Ersatzrate Direkt pensionen ohne weitere Reformen



Direkt pensionen: Alters- und Invaliditätspensionen; inkl. Beamtenpensionen.

Globale Ersatzrate: Höhe der Durchschnittspension (brutto) relativ zur Höhe des durchschnittlichen Erwerbseinkommens (brutto).

Quelle: EcoAustria Schulden-Check.

---

## Kurzanalyse zur Nationalratswahl 2019

---

So zeigt eine Analyse mit dem Generationenkontenmodell EcoAustria-Schulden Check, dass der Anteil der Ausgaben für öffentliche Pensionen am BIP ohne weitere Reformmaßnahmen bis zum Jahr 2060 um 1,5 Prozent des BIP ansteigen wird. Werden diese Ausgaben über steigende Abgaben finanziert, belastet dies den Faktor Arbeit und schränkt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich ein.

„Gerade wenn die Pensionen auf einem auskömmlichen Niveau für heutige und künftige Generationen gesichert werden sollen, muss das Pensionssystem demographiefest reformiert werden“, sagt Thomas. Grundsätzlich bestehen nur wenige Möglichkeiten, wie das Pensionssystem auf den demographischen Wandel reagieren kann: Zum einen können die Beiträge weiter angehoben werden. Dies erscheint angesichts der hohen Belastung des Faktors Arbeit wenig sinnvoll. Eine andere Option wäre eine zusätzliche Absenkung der Neupensionen. Dies würde eine zusätzliche Schwächung der finanziellen Absicherung im Alter darstellen. Darüber hinaus könnte der Bundesbeitrag erhöht werden, der aber wiederum über Steuern oder Schulden finanziert werden müsste. Eine weitere Möglichkeit ist, das gesetzliche Antrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Laut aktuellen Prognosen wird diese von heute 82 bis zum Jahr 2060 auf 88 Jahre steigen. „Um einen Anstieg der Pensionsausgabenquote zu vermeiden, müsste zusätzlich zu den bereits beschlossenen Reformen das gesetzliche Antrittsalter bis zum Jahr 2060 um rund zwei Jahre angehoben werden. Im Jahr 2060 läge es dann bei 67 Jahren. Um zugleich das individuelle Leistungsniveau nicht zu senken, müssten ArbeitnehmerInnen im Jahr 2060 im Schnitt tatsächlich bis 63 Jahre arbeiten. Mit einer Anhebung des Antrittsalters darüber hinaus, könnte auch ein höheres Niveau der Pensionen und eine stärkere Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten nachhaltig gewährleistet werden“, erläutert Thomas.

### Rückfragen:

DI Johannes Berger

Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung

Tel.: 0664 88 73 96 24

Email: [johannes.berger@ecoaustria.ac.at](mailto:johannes.berger@ecoaustria.ac.at)